

**Pressegespräch des Saarländischen
Flüchtlingsrates zum Tag der Menschenrechte,
10. Dezember 2014**



Die Vorschläge von Innenminister Klaus Bouillon (CDU) – Krisenmanagement oder Durchbruch?

**Pressekonferenz am Dienstag, 9. Dezember 2014, 9 Uhr
Saarlouis, Evangelisches Gemeindezentrum**

Es ist schon erstaunlich. Ein neuer Innenminister kam und verkündete, was der SFR seit 10 Jahren in vielen Pressekonferenzen, Aktionen und Kampagnen forderte: Das Flüchtlingslager Lebach gehört aufgelöst. Der neue Innenminister will keine - so wörtlich - "Massenlager". Flüchtlinge sollen perspektivisch auf die Kommunen verteilt werden.

Der SFR begrüßt dies uneingeschränkt und hofft, dass den Ankündigungen Taten folgen werden. Wir wissen aber auch: Der Druck ist groß. Lebach ist überfüllt und dieses Problem ist hausgemacht. Bouillon hat Handlungsdruck. Seit Jahren liegt auf dem Tisch, was getan werden müsste. Aber seit Jahren ist nichts Substanzielles passiert:

- Immer noch werden die Menschen im Flüchtlingslager Lebach durch Lebensmittelpakete versorgt.
- Immer noch gibt es teilweise sehr lange Aufenthaltszeiten.
- Immer noch ist die medizinische Versorgung prekär.

Wer Handlungsdruck hat, neigt zum Aktionismus. Aber darum geht es nicht. Es geht um einen Kurswechsel, also einen wirklichen Paradigmenwechsel in der saarländischen Flüchtlingspolitik mit klarer Orientierung. Der SFR hat dies in zwei großen Plakat-Kampagnen deutlich gemacht: Menschenrechte nicht nach Kassenlage. Wohnungen statt Lager. Geld statt Sachleistungen.

Der SFR erwartet von der Landesregierung ein klares Signal für eine humane Flüchtlingspolitik. Die Abschaffung der Lebensmittelpakete wäre ein solches Zeichen. Sozusagen ab 1. Januar 2015 wird umgestellt. Für alle, ohne Ausnahme.

Denn aus allen Gesprächen mit Flüchtlingen wissen wir: Lebensmittelpakete werden als besonders entwürdigend empfunden, vor allem, wenn man jahrelang im Flüchtlingslager Lebach leben muss. Nicht von ungefähr gab es deswegen 2010 tagelange Proteste.

Lebensmittelpakete = diskriminierend und respektlos

Die dauerhafte Versorgung durch Lebensmittelpakete verstößt gegen die Selbstbestimmung. Sie dienen einzig und allein der Gängelung und Kontrolle. Das lehnen wir ab. Selbstbestimmung ist Menschenrecht.

Es gibt keine vernünftige Begründung für das Sachleistungsprinzip. Die Befürworter

argumentieren ordnungspolitisch, teilweise sogar rassistisch. Beispiel Günter Becker (CDU):

"Es gibt bis heute keinen plausiblen Grund, von dieser Regelung abzugehen. Wie damals sind nach wie vor in Lebach Strukturen vorhanden - das muss man einfach sehen -, die dazu führen, dass durch Schutzgeldforderungen und Erpressungen, Drogen- und Alkoholkonsum die Geldleistungen nicht mehr ihren Zweck erfüllen. Wir wollen aber sichergehen, dass Frauen und Kinder vom ersten bis zum letzten Tag eine ordentliche Versorgung erhalten."

Hintergrund: Das 1993 eingeführte Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Sondergesetz, das den Lebensunterhalt von Asylsuchenden und Flüchtlingen regelt. Eine Konsequenz dieses Gesetzes ist das "Sachleistungsprinzip". Konkret bedeutet dies, dass in Lebach die Flüchtlinge zweimal die Woche für Lebensmittel- und Hygienepakete anstehen müssen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine vorübergehende, sozusagen zeitlich befristete Maßnahme. Alle sind davon betroffen, neu ankommende Asylsuchende genauso wie die große Zahl der Geduldeten, die seit Jahren nichts anderes als die Versorgung aus Lebensmittelpaketen kennen.

Lebensmittelpakete = bürokratischer Irrsinn

Die diskriminierende Sachleistungsversorgung ist ein Beispiel dafür, wie Asylpolitik hierzulande gegen die Bedürfnisse der Menschen vollstreckt wird. Sogar um den Preis, dass Verwaltungsaufwand und Transport der Lebensmittelpakete mit hohen Mehrkosten verbunden sind. So werden in Lebach die Pakete wöchentlich von einer Firma aus dem 300 Kilometer entfernten Schwäbisch Gmünd angeliefert.

Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung?

Sie hat alle Möglichkeiten. Es fehlt allein der politische Wille diesen Weg einzuschlagen und damit ein deutliches Zeichen zu setzen. Anders formuliert: An den Lebensmittelpaketen bzw. ihrer Abschaffung wird deutlich, wie ernst es der Landesregierung mit einer humanen Flüchtlingspolitik ist.

Hintergrund: Bundesweit betrachtet ist die Sachleistungsgewährung zur Ausnahme geworden. Teils wegen der hohen Kosten, teils ist es vielerorts politisch nicht mehr gewollt. So werden in Hamburg, Bremen, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen jeweils mit Ausnahme der bis zu dreimonatigen Erstaufnahme für Asylbewerber flächendeckend Geldleistungen gewährt. Wie gesagt, wenn es gewollt ist, ist es auch machbar.